

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (17. Ausschuß)

zum Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/3901 —

Eisenbahnkonzept für den Schienenverkehr von und nach Berlin

A. Problem

Unbefriedigender Zustand der Eisenbahnverbindungen von und nach Berlin.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Gespräche mit der Regierung der DDR fortzuführen und über ihre Vorstellungen alsbald zu berichten.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

keine

D. Kosten

wurden nicht erörtert

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Gespräche mit der DDR über Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin fortzuführen und auf der Grundlage dieser Gespräche über ihre Vorstellungen alsbald dem Deutschen Bundestag zu berichten. Das Ziel solcher Bemühungen sollte es sein,

- Berlin mit einem Eisenbahnbetrieb nach dem Stand der Technik an das Netz der Deutschen Bundesbahn anzubinden und damit die Grundlage für einen modernen europäischen Eisenbahnschnellverkehr im internationalen West-Ost-Streckenverbund Paris-Köln-Hannover-Berlin-Warschau-Moskau zu schaffen und
- schrittweise substantielle und wirtschaftlich vertretbare Verbesserungen im Personen- und Güterverkehr auf allen Eisenbahntransitstrecken anzustreben.

Bonn, den 12. November 1986

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Reddemann	Schulze (Berlin)	Heimann
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Schulze (Berlin) und Heimann

Der Antrag wurde durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 21. Februar 1986 dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen federführend sowie dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuß für Verkehr zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß hat in sechs Sitzungen, darunter auch in Berlin, die Vorlage mit dem Ziel beraten, eine von allen Fraktionen getragene Beschlußempfehlung zu formulieren, da im wesentlichen Einmütigkeit in der Sache besteht. Die Bundesregierung und der Senat von Berlin hatten Gelegenheit zu eingehender Stellungnahme.

Die Ausschußmitglieder sind übereinstimmend der Ansicht, daß die Mängel im gegenwärtigen Eisenbahntransit von und nach Berlin offensichtlich sind. Nur durch eine qualitative Steigerung der Attraktivität läßt sich der Rückgang im Personen- und Güterverkehr aufhalten. Dazu ist insbesondere eine wesentliche Verkürzung von Fahrt- und Beförderungszeiten erforderlich, daneben eine bessere Ta-

rifabstimmung und -gestaltung, eine deutliche Verbesserung des Komforts sowie flankierende Maßnahmen. Anhaltspunkte bieten u. a. die der Bundesregierung vorliegenden Gutachten. Über solche Möglichkeiten sollte daher die Bundesregierung alsbald mit der Regierung der DDR sprechen. Die sich daraus ergebenden Möglichkeiten müssen dann unverzüglich nach Abstimmung mit dem Senat von Berlin von der Bundesregierung in konkrete Planungen umgesetzt werden. Der Ausschuß erwartet, daß auch die Möglichkeiten der Verbesserung des Verkehrs auf allen anderen Transitstrecken untersucht werden.

Die mitberatenden Ausschüsse wurden über den Beratungsstand auf dem laufenden gehalten. Der Haushaltsausschuß hat auf das Recht der Mitberatung verzichtet. Der Ausschuß für Verkehr hat der vorgelegten Beschlußempfehlung zugestimmt.

Die einstimmige Verabschiedung der Beschlußempfehlung erfolgte am 12. November 1986.

Bonn, den 12. November 1986

Schulze (Berlin) **Heimann**
Berichterstatter

